

Wahlprüfsteine von Asyl im Oberland

1. Welche Kriterien sind Ihrer Meinung nach Voraussetzung dafür, ein Land als sicheres Herkunftsland einzustufen?
2. Wie könnte sich Deutschland seiner Verantwortung für Fluchtursachen stellen?
3. Wie stellen Sie sich eine deutsche Unterstützung der Flüchtlingslager in den Nachbarländern und Krisenregionen vor?
4. Nach welchen Kriterien und aus welchen Gründen sollten Arbeits-erlaubnisse für Flücht-linge in Deutschland erteilt werden?
5. Wie kann das Asylverfahren in Deutschland verbessert werden?
6. Für welche Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Deutschland setzen Sie sich ein?
7. Wie können staatliche Stellen oder Ämter dazu beitragen, die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu unterstützen?
8. Befürworten Sie ein deutsches Einwanderungsgesetz?

Befragt wurden die Direktkandidat/innen der folgenden Parteien:



Bayernpartei: Siegfried Seelos



CSU: Alexander Dobrindt



Die Linke: Reinhard Böttger



Bündnis 90/Die Grünen: Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann



FDP: Martin Schroeter



Freie Wähler: Mary Fischer



Ödp: Dr. Maiken Winter




SPD: Enrico Corongiu

Ein kleiner Kreis von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer/innen hat zudem die Fragen auch aus ihrer Sicht beantwortet (stellvertretend für Asyl im Oberland).


1. Wahlprüfstein vom Asyl im Oberland: Welche Kriterien sind Ihrer Meinung nach Voraussetzung dafür, ein Land als sicheres Herkunftsland einzustufen?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Wenn in einzelnen Regionen eines Landes relative Ruhe herrscht ist es als sicheres Herkunftsland einzustufen. Dabei können nicht unsere Maßstäbe von Sicherheit angelegt werden, denn diese galten in den meisten Herkunftsländern auch zuvor nicht.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Grundvoraussetzung für die Einstufung eines Landes als „sicher“ muss die Annahme sein, dass die Menschenrechtssituation so ist, dass Personen aus diesen Ländern keinen Schutz in Deutschland benötigen. Nach Art. 16 Abs. 3 des deutschen Grundgesetzes betrifft dies Länder, in denen es weder politische Verfolgung noch Folter gibt. Ergänzend definiert die EU-Asylverfahrensrichtlinie ein Herkunftsland als sicher, wenn Personen nicht nach Leben oder Freiheit getrachtet wird, weil sie einer bestimmten Rasse, Religion, Nationalität, sozialen Gruppe oder politischen Überzeugung angehören (Art. 36 und 37, Anlage II). Das Asylverfahren bei Menschen aus sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern wird „beschleunigt“ durchgeführt. Es können Gründe vorliegen, die auch bei sogenannten sicheren Herkunftsländern zur Asylgewährung führen.
Alexander Dobrindt (CSU):	Das Grundgesetz regelt in Artikel 16a Abs. 3 die Kriterien, nach denen die Staaten bestimmt werden können, die als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Welche Staaten – neben den Mitgliedern der Europäischen Union – diese Kriterien erfüllen, wird in Anlage II (zu § 29a Asylgesetz) aufgeführt. § 29a Asylgesetz regelt ebenfalls das Verfahren, nach dem die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre einen Bericht darüber vorlegt, ob die Voraussetzungen für die Einstufung der in Anlage II bezeichneten Staaten als sichere Herkunftsstaaten weiterhin vorliegen.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Ein sicheres Herkunftsland kann nur sein, wenn jemand keine Verfolgung nach den Vorgaben von Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention zu befürchten hat. Im Klartext sind das politisch verfolgte und Menschen, die eine unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung zu erwarten haben.
Martin Schroeter (FDP):	Meine Meinung steht im Grundgesetz: Sichere Herkunftsländer sind „Staaten, in denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet.“ Dabei muss über den einzelnen Fall entschieden werden, denn auch in unsicheren Herkunftsländer muss nicht für jeden Verfolgungsdruck bestehen. Das sind schwierige Abwägungen, die hohe Verantwortung und Wissen verlangen.

Mary Fischer (Freie Wähler):	Länder, in die abgeschoben wird, müssen sicher sein. Das heißt, es darf keine Gefahr für Leib und Leben geben. Problematisch ist für eine Bewertung aber unsere Faktenlage. Bei den Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien gibt es schon auf Bundesebene unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Innenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Zu viel Beliebigkeit und zu wenig Verlässlichkeit bei der Festlegung sicherer Gebiete müssen wir feststellen. Deshalb halten wir es für wichtig, dass in Europa die Bewertungen einheitlich für alle 28 Mitgliedstaaten erfolgt und dabei auch die Expertise von Nichtregierungsorganisationen eingeholt wird.
Dr. Maiken Winter (ödp):	Ein Land sollte nur dann als sicheres Herkunftsland zählen, wenn <ul style="list-style-type: none"> - der Rückkehrer nicht wegen Religion, sexueller Orientierung oder politischer Überzeugung bestraft, verhaftet, gefoltert oder ermordet wird. - in dem Heimatland kein bewaffneter Konflikt herrscht. - die klimatischen Bedingungen es ermöglichen, dass ein Überleben gesichert ist (genügend Nahrung und Wasser). Dabei muss der Einzelfall geprüft werden. Denn die Notwendigkeit des Schutzes kann auch bei sog. „sicheren“ Herkunftsländern gegeben sein. Gleichzeitig ist mir klar, dass wir nicht alle Menschen, die Not leiden, in Deutschland aufnehmen können, v.a. wenn man an die Millionen von Klimaflüchtlingen denkt, die wahrscheinlich ihre Heimat verlieren werden.
Enrico Corongiu (SPD):	Bei einem sicheren Herkunftsland müssen Rechtslage, Rechtsanwendung und die politischen Verhältnisse eindeutig definiert und rechtsstaatlich anerkannt sein. Das heißt: In diesem Land gibt es grundsätzlich weder Folter, Verfolgung, noch Androhung von Gewalt, Gleichstellung der Geschlechter und keine bewaffneten Konflikte. Das Land unterliegt einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, in dem Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Schutz für Minderheiten oberste Priorität genießen. Dabei dürfen Rasse, Religion, Nationalität und politische Überzeugung keine Rolle spielen.
	Wir sind der Meinung, dass es überhaupt keine Einstufung in sichere und unsichere Herkunftsländer geben sollte. Jeder Einzelfall muss neutral geprüft werden.

2. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Wie könnte sich Deutschland seiner Verantwortung für Fluchtursachen stellen?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Groß angelegte Info Kampagnen über Verhütung und Familienplanung, um das ungebremste Bevölkerungswachstum einzudämmen. Ein Ende von EU-Exportbeihilfen, die die Märkte z.B. Afrikas mit billigsten Agrarüberschüssen aus Europa überschwemmen und damit den dort ansässigen Bauern die Existenzgrundlage entziehen. Damit verbunden eine Abkehr von der aktuellen EU-Agrarpolitik, immer billiger immer noch mehr zu produzieren im dem Wissen, dass die Überschüsse niemand braucht. Ebenso eine Öffnung unserer Märkte unter fairen Bedingungen.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Durch einen radikalen Wechsel in den Wirtschaftsbeziehungen zu afrikanischen Staaten kann dort eine Verbesserung der Lebensverhältnisse herbeigeführt werden, wodurch die Flucht sehr oft obsolet wird. Dies kann sowohl bilateral als auch - natürlich noch viel wichtiger - in Europa-Afrika-Handelsverträgen erfolgen. Die bereits bestehenden Abkommen z.B. mit den AKP-Staaten müssen fortentwickelt werden. Handel auf Augenhöhe zwischen gleichberechtigten Partnern könnte dazu führen, die Wirtschaft in vielen afrikanischen Ländern voranzubringen. Beispielsweise würden damit subventionierte EU-Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingeschränkt und umgekehrt der Export aus den afrikanischen Ländern an Fertig- und Halbfertigprodukten ausgeweitet werden. Die sogenannte Entwicklungshilfe muss viel stärker darauf ausgerichtet werden, nachhaltig die Wirtschaftsfähigkeit der Länder zu fördern. Beispielsweise durch Kleinkreditgaben an Frauen, die selbständige Existenzen fördern. Der Einfluss Deutschlands muss dazu genutzt werden, auf internationalen Konferenzen Friedensbestrebungen in Kriegsgebieten massiv zu unterstützen. Die UNO muss sowohl finanziell als auch intellektuell beeinflusst werden, ihren ursprünglichen Ideen der Friedenssicherung und des gerechten weltweiten Miteinanders mit Nachdruck zu folgen. Die Genehmigung von Waffenlieferungen muss wirklich restriktiv behandelt werden.
Alexander Dobrindt (CSU):	Das erste Mittel gegen Fluchtursachen und Migrationswellen ist die Möglichkeit, in der Heimat ein auskömmliches und friedliches Leben führen zu können. Dauerhafte Stabilität setzt bei der Bekämpfung der Fluchtursachen an. Deutschland hat hier bereits viel geleistet und geht mit einem klaren Signal an die EU und die Weltgemeinschaft voran, dass mehr Länder mehr Verantwortung im Kampf gegen den Hunger übernehmen müssen. Darüber hinaus hat Bundesentwicklungsminister Müller einen sogenannten Marshallplan mit Afrika für mehr Investitionen der Privatwirtschaft, fairen Handel und ein klares Bekenntnis unserer afrikanischen Partner zu Reformen, vorgelegt. Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik muss gemeinsame Lösungen für Konflikte finden. Sonst werden immer mehr Flüchtlinge bei uns nach Sicherheit suchen.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Hauptfluchtursachen sind einmal Krieg und Terror im Herkunftsland – Deutschland muss hier aufhören, dies durch Waffenexporte und logistische Unterstützung zu befeuern und viel mehr darauf drängen, diplomatische Lösungen zu finden. Bei wirtschaftlichen oder ökologischen Fluchtursachen muss Deutschland aufhören, Herkunftsländer als reine Rohstofflieferanten und Märkte für deutsche Produkte zu betrachten und eine wirkliche Entwicklung mit diesen Ländern vorantreiben. Korruption und Begünstigung der dortigen Oberschichten muss aufhören!
Martin Schroeter (FDP):	Die Bundesregierung handelt bilateral, vor allem aber multilateral, das heißt im Rahmen der EU, der NATO, der Vereinten Nationen, des Europarats oder der OECD. Politische und wirtschaftliche Gründe zwingen zur Flucht. Wir können Einfluss ausüben, aber wir müssen Realisten sein: Unsere Möglichkeiten sind beschränkt. Ich bin gegen subventionierte Agrarexporte aus der EU, weil sie vor allem afrikanischen Volkswirtschaften schaden. Ich bin dafür, dass die EU ihre Agrarmärkte liberalisiert um Dritt-Welt-Staaten neue Exportchancen zu geben. Ich bin gegen Waffenexporte: So gibt es heute in Libyen mehr Kleinwaffen als Einwohner. Entscheidend ist jedoch, dass

	stabile Gesellschaften entstehen: Hier können wir mit unseren Mitteln good governance unterstützen.
Mary Fischer (Freie Wähler):	Wir werden uns insbesondere mit folgenden Maßnahmen weiterhin für ein stärkeres deutsches Engagement bei der Fluchtursachenbekämpfung einsetzen: <ul style="list-style-type: none"> - Faire und nachhaltige Beschaffung durch alle öffentlichen Stellen für gerechte Löhne in Entwicklungsländern. - Das Textilbündnis für eine faire Produktion in Entwicklungsländern voranbringen. - 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung muss endlich in die Entwicklungspolitik fließen. Dabei dürfen die Kosten der Flüchtlingsunterbringung in Deutschland nicht hineingerechnet werden. - Wir wollen die Ausbreitung der Wüste in der Sahelzone eindämmen, um dieser bevölkerungsreichen Region neue Lebensperspektiven zu geben. Das internationale Aufforstungsprojekt wollen wir massiv unterstützen.
Dr. Maiken Winter (ödp):	Ursache für Flucht ist v.a. Hunger und Krieg, die sich auch gegenseitig bedingen. Daher müssen Lebensbedingungen vor Ort verbessert werden, v.a. durch <ul style="list-style-type: none"> - effektiven Klimaschutz in Deutschland und der EU, v.a. durch schnellen Ausstieg aus fossilen Energien. - Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort. Dazu gehört Technologietransfer, Ermöglichung selbstständiger Arbeit über Mikrokredite, Bildungsförderung insbesondere für Mädchen und Frauen, ökologische und faire Produktion, u.v.m. - Gerechte Handelsabkommen. Handelsabkommen dürfen nicht die EU einseitig bevorzugen und dürfen Länder des globalen Südens nicht in ihrer Entwicklungsfähigkeit einschränken. Im politischen Programm der ÖDP steht dazu: „Wirtschaftliches Handeln ... darf Menschen nicht ausbeuten oder deren Lebensgrundlagen zerstören.“ Daher fordert die ÖDP auch eine gemeinwohl-Ökonomie, bei der Mensch und Natur vor Profit stehen. - Waffenexporte in Krisengebiete müssen verboten werden.
Enrico Corongiu (SPD):	Flucht-Ursachen abbauen heißt, Familien in ihrer Existenz sichern: Lebensgrundlagen im Agrarbereich, in der Landwirtschaft und im Handel fördern, damit die Menschen in bedrohten Ländern jeden Tag satt werden. Das heißt im Klartext, dass wir im eigenen Lande beginnen und mit den europäischen Partnern den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen anstreben. Ich spreche mich auch aus gegen Handel mit stark subventionierten Agrarprodukten und plädiere dafür, dass die Landwirtschaft in den armen Ländern durch billige Importgüter nicht immer schwächer wird. Ich setze mich ein für gezielte Ausbildungs- und Förderprogramme, damit die Menschen in ihrer Heimat überleben lernen. Krieg und bewaffnete Konflikte sind die Hauptursachen für Flucht, deshalb muss Deutschland außerhalb der EU und NATO Rüstungsexporte einstellen und auf eine Außenpolitik der klugen Diplomatie setzen.
	<p><i>„Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse der anderen.“ (Stephan Lessenich)</i></p> <p>Deutschland muss seinen Einfluss auf die internationale Politik geltend machen. Dafür muss es eine Vorreiterrolle übernehmen, indem es eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Wirtschafts- und Klimapolitik umsetzt, die nicht nur auf das wirtschaftliche Wachstum der westlichen Industriestaaten fokussiert ist. Diese „Entwicklungshilfe“ darf nicht dem Profit privater Firmen dienen. Handelsabkommen zum Nachteil der Länder des globalen Südens dürfen nicht abgeschlossen werden. Waffenexporte müssen verboten werden.</p> <p>Alle diese Maßnahmen sind wirksamer, als Zäune zu bauen, Grenzen zu schließen und Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen.</p>


3. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Wie stellen Sie sich eine deutsche Unterstützung der Flüchtlingslager in den Nachbarländern und Krisenregionen vor?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Die Unterstützung der Flüchtlingslager in den Krisenregionen hat absolute Priorität, den ein Euro dort hat mehr Kaufkraft als in der BRD und bringt somit mehr Hilfe für die Menschen. Dort sind Schulen und Ausbildungswerkstätten einzurichten, um die Menschen für den Wiederaufbau ihrer Heimatländer vorzubereiten. Auch sind die Lager so zu organisieren dass dort ein menschenwürdiges Leben gewährleistet ist.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	In erster Linie durch finanzielle Hilfen, durch Men/Women-Power auf den Gebieten Administration, Bildung, Gesundheitliche Versorgung.
Alexander Dobrindt (CSU):	Die Entwicklungszusammenarbeit ist zentral für die Stabilisierung der weltweiten Ordnung. Es gilt, Not zu lindern und rechtsstaatliche Strukturen zu stützen. Fehlende Hilfe für Flüchtlingslager in den Krisenregionen könnte erneut zu einer Vergrößerung der Flüchtlingsströme führen. Wir müssen der UN und den Hilfsorganisationen das Geld und die Unterstützung zur Verfügung stellen, dass sie in die Lage versetzt, die Menschen in den Flüchtlingslagern vor Ort zu versorgen.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Über die Vereinten Nationen muss Deutschland viel mehr Verantwortung übernehmen und die geflohenen Menschen auf allen Ebenen sehr viel stärker unterstützen.
Martin Schroeter (FDP):	Wichtig ist, die organisierte Kriminalität der Schlepper, die bis ins Oberland reicht, wenigstens in Europa zu unterbinden. Tausende ertrinken immer noch im Mittelmeer. Das heißt wir müssen im Rahmen der EU und unterstützt vom UNHCR sichere Auffanglager in der Türkei und in Nordafrika schaffen und dort die Asylverfahren durchführen. Menschen mit Anspruch auf politisches Asyl können von dort aus sicher in die EU ausreisen, und Menschen ohne Anspruch auf Asyl müssen von dort repatriert werden.
Mary Fischer (Freie Wähler):	Deutschland muss seiner Verantwortung als Geberland gerecht werden. Das heißt, es darf nach den Zusagen von Zahlungen an die UNO-Hilfsorganisationen zu keinen Verzögerungen kommen. Wir fordern deshalb auch mittelfristig einen eigenen UNO-Haushalt, um künftig eine lückenlose Finanzierung sicherzustellen und das fallbezogene und zeitintensive Einwerben von Geldern bei den Geberländern obsolet zu machen. Wir wollen uns auf internationaler Ebene auch für die von Experten geforderte Einrichtung von UN-Schutzzonen stark machen. Unter Führung der Vereinten Nationen muss die internationale Staatengemeinschaft in Krisengebieten künftig rasch geeignete Landstriche sichern, um den fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit und eine Grundversorgung zu geben.

Dr. Maiken Winter (ödp):	Flüchtlingslager müssen sicherer werden. Dazu ist es notwendig, dass Flüchtlinge eine Perspektive erhalten, denn Aggressivität und Gewalt sind korreliert mit Frustration und Verzweiflung. Dazu wäre es wichtig, dass <ul style="list-style-type: none"> - Flüchtlinge, die bisher keine Ausbildung hatten, in den Camps einen Beruf erlernen können. - Flüchtlinge, die schon eine Ausbildung haben, als Ausbilder mit-helfen. - alle Kinder und Jugendlichen eine Schule besuchen können. - internationaler Flüchtlingshilfswerke wie der UNHCR unterstützt werden Auch sollten feindliche Gruppen klar voneinander getrennt werden, und es sollte immer und überall sichere Bereiche für Frauen und Kinder geben. Bei alledem sollte die Bundesregierung finanziell und personell helfen.
Enrico Corongiu (SPD):	Die Hilfsgelder für Flüchtlingslager müssen dringend erhöht werden, weil nach Auskunft des UN-Welternährungsprogramms, WFP, die Not um sich greift und die Menschen nicht mehr satt werden. Es kann nicht sein, dass viele Länder ihre Verteidigungsausgaben um Milliarden Euro erhöhen und die UNO die Nahrungsmittelhilfe wegen Finanzmangels stark reduzieren muss. Mitglieder der UNO-Flüchtlingshilfe sichern in zahlreichen Ländern die medizinische Versorgung und geben Schutz und Sicherheit vor Verfolgern und Überfällen. Deshalb muss Deutschland die freiwilligen und ehrenamtlichen Hilfsorganisationen stärker bei ihren Aufgaben unterstützen.
	In den bereits existierenden Lagern müssen den Bewohnern medizinische Versorgung, Trinkwasser, Lebensmittelversorgung, der Besuch einer Schule und eine sinnvolle Beschäftigung garantiert werden. Um dies zu gewährleisten, muss die internationale Staatengemeinschaft personelle und materielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Es muss unter bestimmten Voraussetzungen Möglichkeiten geben, von diesen Lagern aus auf legalem Weg in Deutschland einen Aufenthaltstitel zu erhalten.


4. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Nach welchen Kriterien und aus welchen Gründen sollten Arbeiterlaubnisse für Flüchtlinge in Deutschland erteilt werden?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Arbeiterlaubnisse sind einzig und allein an anerkannte Asylbewerber zu erteilen. Denn ein Mensch, der Arbeit hat und sich somit auch ein soziales Umfeld geschaffen hat, wird auch bei einer Ablehnung seines Asylverfahrens von keinem deutschen Gericht mehr abgeschoben. Auf diesem Wege aber wird die Asylberechtigung zur Farce.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Sobald ein Flüchtling arbeiten kann, sollte man ihm keine Steine in den Weg legen, wenn er auf eigenen Füßen stehen will. Es ist darauf zu achten, dass kein zweiter Arbeitsmarkt entsteht, auf dem Flüchtlinge zu Dumping-Löhnen arbeiten. Möglicherweise fehlende Sprach- und Fachkenntnisse können allerdings für einen befristeten Zeitraum anfangs durchaus auch finanziell berücksichtigt werden.
Alexander Dobrindt (CSU):	Nach dem Leitgedanken „Fördern und Fordern“ haben wir im Sommer 2016 das Integrationsgesetz verabschiedet, das dazu beitragen soll, die Integration der Flüchtlinge zu erleichtern. Darin enthalten ist die sogenannte „3+2-Regelung“, die besagt, dass Flüchtlinge für die Dauer einer in der Regel dreijährigen Ausbildung eine Duldung und damit Schutz vor Abschiebung erhalten. Sofern anschließend eine der Qualifikation entsprechende Beschäftigung erfolgt, wird ein Aufenthaltsrecht von zwei Jahren erteilt.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Wer hierher kommt und Schutz sucht, sollte schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, für sich selbst und seine Familie zu sorgen. Arbeiterlaubnis vom ersten Tag an!
Martin Schroeter (FDP):	Für anerkannte politische Flüchtlinge müssen dieselben Regeln für die Arbeitsaufnahme wie für EU-Bürger mit Wohnsitz in Deutschland oder für Deutsche gelten. Sie sollen schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, sich selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Anders muss der Status von Migranten sein, die kein Recht auf politisches Asyl haben. Sie sollten schnellstens ausreisen oder ihren Status nach einem zu schaffenden Einwanderungsgesetz legalisieren. Sie können bereits heute im gemeinnützigen Bereich arbeiten und dafür auch eine Anerkennung in Form eines kleinen Lohns bekommen. Ich halte das für gut.

Mary Fischer (Freie Wähler):	Während anerkannte Flüchtlinge in Deutschland uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt haben, bedürfen Personen, welche sich noch im Asylverfahren befinden, einer Arbeiterlaubnis durch die zuständige Ausländerbehörde. Hier fordern wir FREIE WÄHLER, dass bei der Erteilung einer solchen Erlaubnis nicht ausschließlich die BAMF-Anerkennungswahrscheinlichkeit des Antragstellers als Kriterium herangezogen wird. Vielmehr muss dabei Wert auf deutsche Sprachkenntnisse und Offenlegung der Identität gelegt werden. Künstliche Hürden, wie etwa in Bayern, sehen wir kritisch, zumal diese weder im Interesse der Asylbewerber noch der Unternehmen sind.
Dr. Maiken Winter (ödp):	Ich denke, jeder Flüchtling sollte, solange er emotional und physisch dazu in der Lage ist, unabhängig von seinem Asylstatus arbeiten dürfen. Nichts ist schlimmer, als untätig herumsitzen zu müssen.
Enrico Corongiu (SPD):	Grundsätzlich müssen unsere Flüchtlinge einen breiten Zugang zu Bildung und offenen Stellen bekommen. Warum? Gute Arbeiter braucht das Land und die Gesellschaft kann mit ausgebildeten und arbeitenden Menschen auf Augenhöhe besser umgehen. Auch Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften unterschreiben schnelle Asylverfahren und dadurch besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Einfache Verfahren fordere ich generell für Menschen aus Ländern mit guter Bleibeperspektive. Sie sollen bereits vor ihrer Anerkennung Kontakte zum Arbeitsmarkt bekommen, damit sie bei möglichen Arbeitgebern ein besseres Standing haben – ohne das Schreckgespenst einer schnellen Abschiebung. Auch die Residenzpflicht muss gelockert werden – für mehr Bildung der Flüchtlinge. Momentan verfügt der BUND über 55 Milliarden Überschuss. Ein kleiner Teil könnte die Kommunen und Landkreise fit machen für ihre Integrationspflicht. (Integrationsaufgaben?).
	Das Recht auf Arbeit (Artikel 23, Absatz 1, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) besagt: „(1) Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. [...]“ Jeder sollte arbeiten dürfen! Jeder, der arbeitet, zahlt Steuern und entlastet den Staatshaushalt. Jeder, der arbeitet, erfährt Anerkennung, gewinnt Selbstachtung und kann so positiv zur Gestaltung der Gesellschaft und des eigenen Lebens beitragen.


5. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Wie kann das Asylverfahren in Deutschland verbessert werden?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Indem man Asylzentren in Nordafrika und im Nahen Osten errichtet, in denen Asylanträge zu stellen sind. Und nur anerkannte Asylbewerber werden nach Europa gebracht, und dort nach einem Verteilungsschlüssel verteilt. Alle anderen werden wieder in ihre Heimat gebracht. Wer die Einreise illegal versucht, hat damit auch jeden legalen Anspruch verwirkt. Dadurch würden unsere Ämter erheblich entlastet und man könnte die verbleibenden Fälle wieder individuell und korrekt prüfen.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Auf alle Fälle müssen die Flüchtlinge zeitnah ihren Asylantrag stellen können. Auch die Entscheidungen sollen schneller getroffen werden und vor allem muss den Betroffenen ganz klar mitgeteilt werden, wie und in welchen Zeiträumen die weiteren Schritte folgen. Es geht nicht, dass ein Flüchtling zum Teil jahrelang in einer Unterkunft ohne zeitliche Perspektive abwarten muss.
Alexander Dobrindt (CSU):	Wir brauchen schnellere faire Verfahren, die Entscheidungen über Asylanträge müssen in jedem Fall rasch erfolgen. Die Menschen, die einen Asylantrag stellen sollen schnell zu einer Klarheit kommen, ob sie ein Bleiberecht erhalten. Gleichzeitig muss eine konsequente Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen, wenn der Schutzgrund wegfällt oder das Gastrecht missbraucht wird.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Mehr Geld und damit mehr Arbeitsplätze zur Abwicklung der Verfahren.
Martin Schroeter (FDP):	Asylverfahren sollten grundsätzlich in sicheren Schutzzonen in Nordafrika und in der Türkei durchgeführt werden, um das Schlepperunwesen zu bekämpfen und die Notwendigkeit möglichst zu unterbinden, aus Deutschland abzuschicken. Wir brauchen ein einheitliches EU- Asylverfahren. Die Geschäftsberichte des BAMF zeigen, dass dieses immer noch weit überfordert ist, was nicht nur zu Rückstau, sondern auch zu falschen Entscheidungen führt. Die Rückführung abgelehnter Asylbewerber muss wesentlich verbessert werden. Das ist auch eine außenpolitische Aufgabe, die die EU gemeinsam leisten muss: Es gilt, auf die Herkunftsländer einzuwirken mit Anreizen für die Repatriierung, aber auch mit Druck, wenn Staaten sich verweigern.
Mary Fischer (Freie Wähler):	Sowohl die einheimische Bevölkerung als auch die bei uns Schutzsuchenden haben ein Interesse daran, dass die Asylverfahren beschleunigt werden. Zwar wurde in der vergangenen Zeit hinsichtlich der Personalsituation beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einiges getan, doch dürfen wir uns mit dem Bearbeitungsstau nicht zufrieden geben. Wir FREIE WÄHLER fordern neben einer besseren Personalausstattung des BAMF auch

	mehr Verwaltungsrichter, um die zunehmenden Klagen abgelehnter Asylbewerber schneller zu bearbeiten. Ebenso müssen die Rückkehrhilfe und -Beratungen ausgebaut werden, um den Menschen neben dem Verharren im Asylverfahren eine weitere Option bieten zu können.
Dr. Maiken Winter (ödp):	<ul style="list-style-type: none"> - Wir benötigen mehr und besser ausgebildete Asylantragsbearbeiter, die sich Zeit nehmen können und wollen, um jeden einzelnen Hilfesuchenden so gut wie nur möglich zu bewerten. - Sicherheit (auch für die Asylbewerber) sollte oberste Priorität haben. - Bürokratische Hürden sollten abgebaut werden. - Traumatisierte Flüchtlinge sollten mit psychologischer Hilfe unterstützt werden; entsprechende Einrichtungen sollten mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. - Falls eine Abschiebung erfolgt, dann muss gelten: Es darf keine separate Abschiebung einzelner Familienmitglieder geben.
Enrico Corongiu (SPD):	Es ist eine Schande: Wir leben im digitalen Zeitalter und können ohne Probleme Überwachungswelten aufbauen – aber die menschlichen Schicksale der Flüchtlinge kriegen wir nicht human in den Griff. Ich fordere für alle Flüchtlinge eine einheitliche Datenverwaltung: Für die persönlichen Daten, die organisatorischen und technischen Abläufe. Damit vermeiden wir zu lange Wartezeiten, Mehrfach-Registrierung, fehlerhafte Datenauswertung und können Antragsteller mit guter Bleibeperspektive schnell und optimal ins Studien- oder Berufsleben oder in handwerkliche und sprachliche Ausbildungen bringen. Für Asylsuchende mit wenig Chancen auf Anerkennung mögen extra Aufnahme-Einrichtungen geschaffen werden, in denen Asylverfahren in maximal drei Wochen abgeschlossen sind.
	Durch eine erhebliche Verkürzung der Asylverfahren, die von qualifizierten, politisch unabhängigen Mitarbeiter/innen des BAMF durchgeführt und entschieden werden. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um Asylanträge auch außerhalb Deutschlands zu stellen. Dies würde Schleppern die Arbeit erschweren, gefährliche Fluchtwege minimieren und den Zwang, illegal einzureisen, aufheben. (Momentan MUSS man illegal nach Deutschland einreisen, um überhaupt einen Asylantrag stellen zu können.)


6. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Für welche Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Deutschland setzen Sie sich ein?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Wenn Punkt fünf strikt umgesetzt wird, wird auch der Wohnungsmarkt entlastet und Wohnungen wieder bezahlbarer. Ebenso ist die Eigenheimzulage für jungen Familien wieder einzuführen.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Die Förderung von sozialem Wohnbau muss kräftig und schnell ausgebaut werden. Dazu müssen sowohl Land als auch Bund Mittel bereitstellen. Die Kommunen können das nicht alleine tragen. Der Verkauf großer Wohnbauunternehmen aus staatlichem Eigentum in den letzten Jahren hat den verheerenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen mit verursacht. Genauso müssen genossenschaftliche Unternehmen wieder mehr gestärkt werden. Auf kommunaler Ebene sehe ich die Chance, dass Baulandausweisungen und Verkauf öffentlichen Baugrunds nicht vom Preis, sondern von den geplanten Wohnungsbaukonzepten abhängen. Das zukunftsträchtigste und nachhaltigste Konzept erhalte danach den Zuschlag.
Alexander Dobrindt (CSU):	Um die Wohnungsnot in Deutschland zu bekämpfen, brauchen wir kräftige Schritte. Wohnungsmangel und hohe Mietpreise bekämpft man am besten mit dem Bau von mehr Wohnungen. Wir wollen die degressive Abschreibung für Mietwohnungsbauten flächendeckend wieder einführen. Das bedeutet insgesamt eine Förderung von einer Milliarde in drei Jahren. Zudem fördern wir junge Familien beim Erwerb eines Eigenheimes. Wer eine Familienwohnung erwirbt, soll vom Staat in den ersten 10 Jahren mit 1.200 Euro pro Kind jährlich gefördert werden.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Sozialer Wohnungsbau wird seit Jahren vernachlässigt – auf allen Ebenen.
Martin Schroeter (FDP):	Der Wohnungsmangel verschärft sich eklatant, und wird zu einer Zeitbombe, ohne daß die Bundesregierung etwas dagegen unternimmt. Die Mietpreisbremse ist das falsche, weil unwirksame Mittel. Es muss vielmehr gebaut werden und dafür müssen die Anreize geschaffen werden. Ich bin für: Wiedereinstieg der Kommunen in den sozialen Wohnungsbau, Absenkung der Grunderwerbsteuer von 3,5% auf 2% (Niveau von 1996), Anwendung des ermäßigten MWSt-Satzes von 7% wie bei Grundnahrungsmitteln, statt 19% auf die Basisleistungen beim Hausbau, Sonderabschreibungsmöglichkeiten im Mietwohnungsbau von 10% jährlich für die ersten fünf Jahre, Wiedereinführung der Eigenheimzulage, Ankauf von Bauland durch die Kommunen und Vergabe als Erbbaurecht an junge Familien.

Mary Fischer (Freie Wähler):	Einen Zielkonflikt zwischen Einheimischen und Asylbewerbern müssen wir zum Wohle des sozialen Miteinanders verhindern. Auch setzen wir uns für die Wiedereinführung der Eigenheimzulage ein. Wir wollen aber auch, dass wieder mehr Wohnraum, insbesondere durch sozialen Wohnungsbau, geschaffen wird, um das Leben in den Städten bezahlbar zu machen. Dabei dürfen aber auch die ländlichen Regionen nicht vergessen werden, so gibt es dort zwar nicht in Sachen Quantität, dafür aber oftmals in Sachen Qualität hohen Nachbesserungsbedarf. Daher fordern wir eine Wohnungsbauoffensive. Dafür ist es erforderlich, überzogene Bauvorschriften zurückzunehmen und die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau aufzustocken.
Dr. Maiken Winter (ödp):	Für die erste Unterbringung von Flüchtlingen wird in den allermeisten Fällen die öffentliche Hand sorgen müssen. Leider ist es so, dass Flüchtlinge auf dem privaten Wohnungsmarkt nur geringe Chancen haben. Die Unterbringung wird eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sein müssen. Die Kommunen mit dieser Riesenaufgabe allein zu lassen, wäre verantwortungslos. Insbesondere wird in vielen Kommunen die Förderung weiteren Wohnbaus unerlässlich sein. Gleichzeitig dürfen Flüchtlinge nicht gegen bedürftige Deutsche ausgespielt werden. Letztlich liegt die meiste Verantwortung beim Bund, Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, und den gesetzlichen Rahmen mieterfreundlicher zu gestalten.
Enrico Corongiu (SPD):	Bezahlbarer Wohnraum fehlt im ganzen Land. Nur in infrastrukturschwachen Regionen – zum Beispiel in Teilen der Oberpfalz oder Ostfrieslands – gibt es noch Land, aber keine Arbeit. Deshalb ist die Wohnungsbau-Offensive der Bundesregierung der richtige Weg. Dazu müssen jedoch der Bund, die Länder und Kommunen ihre Kräfte stärker bündeln. Des Weiteren müssen die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder direkt an die verantwortlichen Stellen in den Kommunen weiter fließen. Auch eine Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus schafft günstigen Wohnraum.
	<ul style="list-style-type: none"> - der Staat muss bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen, die ihn brauchen - Alternativen Wohnungsbau fördern - Spekulationen mit Flächen und Immobilien müssen verboten werden oder unrentabel sein. - mehr Flächen für Wohnungsbau statt immer größere Ausweitung von Gewerbegebieten

7. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Wie können staatliche Stellen oder Ämter dazu beitragen, die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu unterstützen?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Eine staatliche Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer/innen ist abzulehnen. Ehrenamtliches Engagement wird auch in anderen Gesellschaftsbereichen, etwa im Sport- oder Trachtenwesen, nicht finanziell honoriert.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Am besten mit Bürokratie-Abbau, mit kurzen Entscheidungswegen, mit guter und schneller Information.
Alexander Dobrindt (CSU):	Integration gelingt nur mit Hilfe der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie sind nicht nur eine große Unterstützung für die Asylbewerber, sondern auch die Brückenbauer zur Bevölkerung. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales fördert deshalb im Rahmen eines Modellprojekts sogenannte Integrationslotsen. Diese stehen den Ehrenamtlichen als verlässliche Ansprechpartner und Koordinatoren in Sachen Integration zur Verfügung.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen durch bessere Zusammenarbeit auf Augenhöhe verbunden mit finanziellen Mitteln.
Martin Schroeter (FDP):	Wichtig ist die Anerkennung des Ehrenamtes, ohne das unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde. Ich finde der Staat sollte sich dafür einsetzen, für ehrenamtliche Arbeitende einen Freizeitausgleich zu schaffen.
Mary Fischer (Freie Wähler):	Wir wollen eine breitflächige Etablierung von Ehrenamtslotsen als Ansprechpartner und Vermittler für Bürger, die sich gerne in die Gesellschaft einbringen möchten, erreichen. In diesem Zusammenhang sehen wir die bayerischen Bestrebungen, hauptamtliche Integrationslotsen einzuführen, zielführend. Mittels ihrer flächendeckenden Einführung könnte das ehrenamtliche Engagement in den Kommunen gebündelt und noch besser miteinander abgestimmt werden. Ziel dabei ist, das positive Synergiepotenzial ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Asylhelferkreise nutzbar zu machen. Ferner könnte durch die Einführung sogenannter „Sorgentelefone“ niederschwellige Beratung für ehrenamtliche tätige Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden.

Dr. Maiken Winter (ödp):	Dazu gibt es eine Reihe von sinnvollen Möglichkeiten, u.a.: - kostenfreie und regelmäßige Beratung und Fortbildung durch Soziologen, Psychologen und Anwälte - Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten und öffentlicher Infrastruktur - Erhöhung der öffentlichen Anerkennung über Runde Tische mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Ehrenamt - Aufwandspauschalen für ehrenamtliche Arbeit, um den Verlust an Zeit und Energie zumindest teilweise zu kompensieren und dieser Arbeit höhere Anerkennung zu geben.
Enrico Corongiu (SPD):	Das Ehrenamt ist ein wichtiges Standbein unserer Gesellschaft. Wir begehen aber den Fehler, das Ehrenamt über die Massen zu strapazieren. Deshalb bedarf es eine starke Unterstützung des Staates – fachlich, finanziell und organisatorisch. Die Finanzausstattung könnte zum Beispiel aus dem Überschuss des Bundeshaushalts kommen, die fachliche und organisatorische Hilfe durch eine hauptamtliche Begleitung. Ebenso hilfreich wäre die stärkere Einbindung bei Informationsflüssen und Entscheidungen. Viel Wissen und Können wird derzeit ehrenamtlich eingebracht und sollte nicht an Verwaltungsstrukturen scheitern. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist für den Staat unverzichtbar. Deshalb brauchen wir jetzt und in der Zukunft eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe.
	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Asylsozial- und Migrationsberatungsstellen, um eine gute Beratung zu gewährleisten und die Ehrenamtlichen zu entlasten - Abbau der Bürokratie - Mehr Transparenz und klarere Strukturen - Wir wollen auf Augenhöhe wahrgenommen werden; sowie informiert und angehört werden bevor Behördenentscheidungen getroffen werden

8. Wahlprüfstein von Asyl im Oberland: Befürworten Sie ein deutsches Einwanderungsgesetz?

Siegfried Seelos (Bayernpartei):	Da die BRD ohnehin schon eines der dicht besiedeltsten Länder der Welt ist, ist ein Einwanderungsgesetz allenfalls nach dem restriktiven kanadischen Modell vorstellbar. Eine gesetzliche Regelung, die letztlich nur zu stärkerer Einwanderung führt, ist abzulehnen.
Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen):	Unbedingt JA. Unabhängig von Fluchtbewegungen müssen wir als Land in die Lage versetzt werden, Menschen, die zu uns kommen wollen, eine Möglichkeit der Einwanderung zu bieten. Dazu sind ein Kriterien-Katalog und eine Aufstellung von Voraussetzungen sicher hilfreich.
Alexander Dobrindt (CSU):	Deutschland braucht ein Einwanderungsbegrenzungsgesetz, das die legale Zuwanderung in den Arbeitsmarkt steuert und begrenzt. Viele Staaten in der Welt legen klare Kriterien für Zahl und Struktur ihrer Zuwanderung fest. Auch für Deutschland wollen wir die legale Zuwanderung einer klaren gesetzlichen Regelung unterwerfen: Anzahl, Fachkräftebedarf, Qualifikation, Integrationsprognose sowie ein gesicherter Arbeitsplatz und Lebensunterhalt sind Elemente dazu.
Reinhard Böttger (Die Linke):	Deutschland ist ein Einwanderungsland – das sollte auch gesetzlich geregelt werden.
Martin Schroeter (FDP):	Definitiv. Deutschland braucht Einwanderung schon wegen des demografischen Wandels. Ein solches Gesetz würde auch mit dem konservativen Märchen aufräumen, Deutschland sei kein Einwanderungsland, was wir de facto seit Anfang der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind. Gleichzeitig bin ich für die Durchsetzung des Art. 16a GG (Recht auf politisches Asyl) auf seine eigentliche Bedeutung. Denn seit einigen Jahren ist diese Norm durch falsche Anwendung zur Tür für illegale Einwanderung geworden.

Mary Fischer (Freie Wähler):	Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise, aber auch der enorme Fachkräftemangel in mehreren Branchen machen deutlicher denn je, dass wir klare Regeln für Einwanderung brauchen. Wir wollen deshalb in der kommenden Wahlperiode ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild verabschieden. Qualifizierte Arbeitsmigration ist für uns ein Gewinn, wenn sie richtig gestaltet wird. Unsere Wirtschaft braucht dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland. Viele von ihnen sind gut ausgebildet und integrationswillig.
Dr. Maiken Winter (ödp):	Eine geregelte Einwanderungsmöglichkeit, um den Flucht- druck aus persönlicher Not schon in den Herkunftsländern abzufangen, halte ich in engen Grenzen für sinnvoll (kein „Brain- drain“). Kriegsflüchtlinge müssen andere Optionen haben, da sie in der Regel ja wieder in ihr Heimatland zurückwollen. Ein Einwanderungsgesetz, das nur den Fachkräftemangel bzw. die demografische Entwicklung im Auge hat, sehe ich kritisch. Z.B. hat die so gelobte kanadische Flüchtlings- bzw. Einwanderungspolitik diese Zielsetzung: Kontingente werden groß- teils nach Qualifikationen gebildet.
Enrico Corongiu (SPD):	Das Zuwanderungsgesetz (Gesetz zur Steuerung und Be- grenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufent- halts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern) ist ein Gesetzespaket, mit dem das Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung zum 1. Januar 2005 neugestaltet worden ist. Ich bin der Meinung, dieses Geset- zespaket zu prüfen, ob Passagen eingearbeitet werden kön- nen, die Deutschland als Einwanderungsland definieren. Auf jeden Fall bedürfen die Einwanderung und die Integration von Menschen verschiedener Kulturen einer klaren Regelung.
	Deutschland ist ein Einwanderungsland und deshalb brau- chen wir ein Einwanderungsgesetz.

